

Deutschland unter dem Spardiktat wie Griechenland:

Das 410 Milliarden Euro Sanierungs- Szenario

Griechenland ist zahlungsunfähig. Allein im Juli müssen 12 Milliarden Euro an Staatsanleihen an die Gläubiger ausbezahlt werden. In den Jahren 2012 und 2013 summieren sich die fällig werdenden Staatsanleihen auf über 60 Milliarden Euro. Da diese Summen aus den öffentlichen Haushalten Griechenlands nicht aufzubringen sind, gibt der derzeit geltende Rettungsfonds neue Kredite. Im Mai 2010 sind dazu für Griechenland 110 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds durch die Euro-Gemeinschaft zur Verfügung gestellt worden. Da diese Hilfen nicht ausreichen, entscheidet demnächst die EU über eine Ausweitung des Rettungsschirms um 100 bis 120 Milliarden Euro.

Diese Finanzhilfen werden jedoch an strenge Eigenanstrengungen Griechenlands durch die Kürzung von Staatsausgaben, die Erhöhung von Steuern und die Veräußerung von Eigentum an öffentlichen Unternehmen gebunden. Die Troika der Sparkommissare – die EU, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds – haben die dazu erforderlichen Maßnahmen definiert. Die erste Sparrunde, die im Zuge der Vergabe der 110 Milliarden Euro Finanzierungshilfen im Mai 2010 fixiert wurde, verlangt einen Schnitt bei den öffentlichen Haushalten um 11,5 Milliarden Euro. Das sind fünf Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts. Im Mittelpunkt stehen die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 23 Prozent, der Abbau von öffentlichem Personal zusammen mit Gehaltskürzungen sowie der berechtigten Streichung des 13. und 14. Monatsgehältes und der Kürzung von Sozialleistungen. Zur Bewilligung weiterer Finanzhilfen verlangt die Troika die Veräußerung von öffentlichem Eigentum an Unternehmen im Umfang von 50 Milliarden Euro sowie weitere Maßnahmen zum Abbau der Staatsschulden und Steuererhöhungen: Die Griechen sollen eine Solidaritätssteuer für vier Jahre bezahlen. Sozialleistungen sollen allgemein und Rentenleistungen ab einer monatlichen Rente von 1.700 Euro gekürzt werden. Vor allem wird neben Lohnsenkungen das Personal im öffentlichen Dienst um über 200.000 Personen abgebaut.

In der Politik, der Wirtschaftswissenschaft, vor allem in der Öffentlichkeit dominiert die Meinung, die Griechen müssten diese Vorleistungen für vorangegangene Fehler sowie als „Gegenleistung“ für die Finanzhilfen aufbringen. Zugleich wird die mangelnde Bereitschaft, die Verschuldung abzubauen, kritisiert. Dies ist eine Unterstellung. Griechenland hat Auflagen aus dem ersten Sparpaket eingelöst und die Neuverschuldung deutlich zurückgeführt. Der Preis, der für die Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen bezahlt wird, ist die Belastung der ohnehin schwachen Realökonomie. Das Land bewegt sich auch in Folge dieses Spardiktats in einer Wirtschaftskrise. In diesem Jahr wird mit Produktionsverlusten bis zu fünf Prozent gerechnet.

Die Folge sind sinkende Steuereinnahmen und damit ein weiteres Abrutschen in der Schuldenfalle.

Um die Dimension dieser Politik der Auflagen und die den Griechen abverlangte Herkulesaufgabe zu erfassen, lohnt sich ein Vergleich mit Deutschland. Dies zeigt das folgende Szenario: Deutschland wird wegen seiner hohen Staatsverschuldung von derselben Troika verpflichtet, ein Sparprogramm vergleichbar zu Griechenland durchzusetzen. Auf der Basis von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Griechenland für das erste Sparpaket aufzubringen hat, wären das für Deutschland 120 Milliarden Euro. Mit dem neuen Programm kämen auf der Basis von 12,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts 280 Milliarden Euro hinzu. Insgesamt müssten im Vergleich zu Griechenland ab 2011 in den kommenden sechs Jahren 410 Milliarden Euro an Einsparungen und Steuererhöhungen vorgenommen werden. Die Jahresrate belief sich auf knapp 70 Milliarden Euro. Wie lässt sich das durchsetzen? Dazu die folgenden jährlichen Schritte:

- Im Jahr eins werden durch die Erhöhung des Normalsteuersatzes bei der Mehrwertsteuer von 19 auf 26 Prozent ungefähr 70 Milliarden Euro mehr eingenommen. Allerdings wird die Wirtschaft über diese Belastung des privaten Konsums schwer unter Druck geraten: die Konsumpreise steigen, die Schwarzarbeit nimmt zu und die kleinen und mittleren Unternehmen, die die Steuer nicht weiterwälzen können, müssen mit Kostenbelastungen rechnen.
- Im darauffolgenden Jahr werden die Beiträge zur Sozialversicherung um sieben Prozent erhöht. Der Aufschrei der Wirtschaft ebenso wie der Beschäftigten ist groß, denn die Lohnnebenkosten nehmen bedrohlich zu. Unternehmerverbände und Gewerkschaften protestieren gemeinsam gegen diese Vergrößerung der Schere zwischen dem Brutto- und Nettoeinkommen.
- Schließlich geraten die Leistungen aus den Sozialsystemen ins Visier. Renten und Arbeitslosengeld werden gekürzt. Gesetzliche Gesundheitsleistungen fallen unter den Sparhammer. Die Wiederbelebung der „Montags-Demonstrationen“ ist gewiss.
- Im nächsten Jahr werden die öffentlichen Investitionen halbiert, die Erwerbseinkommen im öffentlichen Dienst gekürzt und Personal in diesem Bereich massiv abgebaut. Mit Demonstrationen der Polizisten, des Klinikpotenzials und vieler mehr wird geantwortet.
- Nach lang anhaltenden Massenprotesten in deutschen Großstädten erfolgt ein Wechsel zu einer rot-rot-grünen Bundesregierung. Diese beschließt im Eiltempo; Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 53 Prozent und der Körperschaftsteuer sowie die Einführung der Vermögen- und Finanztransaktionssteuer. Unternehmen und Reiche begeben sich auf die Flucht bzw. drohen mit dieser. Ratingagenturen senken die derzeitigen Bestnoten für Deutschland ab. Schließlich greift die Troika – insbesondere der Internationale Währungsfonds – mit der Drohung in die parlamentarischen Entscheidungen ein, ansonsten werden die Finanzhilfen gestrichen.

Aus diesem Vergleich wird klar. Was Deutschland nicht zumutbar ist, gilt auch für Griechenland. Mit der Sparpolitik wächst in Griechenland die soziale Spaltung; eine tiefe Wirtschaftskrise verfestigt sich; die Rechte des Parlaments werden ausgehebelt. Deshalb muss die Sanierungspolitik neu bestimmt werden. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung der Wirtschaft durch eine Art Marshall-Plan sowie eine demokratische Reform des politischen Systems Griechenlands.

Juni 2011